

# SPD demokratischer pressediens

F/XXVIII/146  
2. August 1973

Friedenssicherung ist besser als Kriegs-  
verhinderung

-----  
Wir brauchen in Europa jetzt neue Sicher-  
heitssysteme

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Bundestages

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Ostberlin nach Walter Ulbricht

-----  
Zum Tode des DDR-Staatsrats-Vorsitzenden

Seite 3 / 31 Zeilen

Roth gab ein gutes Beispiel

-----  
Zur Rede des Juso-Vorsitzenden in Ostberlin

Seite 4 / 38 Zeilen

Nebeneinkünfte der Länderminister beschränken

-----  
Eine gesetzliche Regelung wird jetzt notwen-  
dig

Von Albert Osswald  
Ministerpräsident des Landes Hessen

Seite 5 / 45 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"  
-----

Friedenssicherung ist besser als Kriegsverhinderung

Wir brauchen in Europa jetzt neue Sicherheitssysteme

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Bewertung der konventionellen Kräfte des Warschauer Paktes und der NATO durch amerikanische und westeuropäische Regierungsorgane fällt immer widersprüchlicher aus. Die Diskrepanz ist beängstigend, weil inzwischen sowohl diejenigen, die die MBFR-Verhandlungen nicht mehr abwarten wollen, als auch jene, die die Truppenstärke auf der NATO-Seite aus Sicherheitsgründen eher heraufgesetzt wissen wollen, ihre Begründungen aus Regierungsaussagen ableiten können.

Die zuständigen Ausschüsse des Bundestages werden ohne Kenntnisnahme und Auswertung der authentischen Zahlen weder zum gewünschten Ziel der ersten MBFR-Verhandlungsrunde noch zur Zielrichtung der Wehrstrukturreform qualifiziert Position beziehen können. Auch die Empfehlungen für ein neues militärstrategisches Konzept der NATO hängen davon ab, daß zutreffende Zahlen über die Stärke beider Pakte auf den Tisch gelegt werden.

Am 20. Oktober 1973 beginnen in Wien die MBFR-Verhandlungen. Sie sind nur sinnvoll, wenn die teilnehmenden NATO-Staaten mit einem für alle vertretbaren Konzept an den Verhandlungstisch gehen. Meines Erachtens dürfen wir nicht zulassen, daß die MBFR-Konferenz dazu mißbraucht wird, lediglich egoistische Ziele der Sowjetunion und der USA durchsetzen zu helfen. Diese Gefahr besteht, solange im NATO-Bündnis weder über die militärischen Kräfteverhältnisse von NATO und Warschauer Pakt noch über die MBFR-Konzeption Einigkeit besteht. Die Arbeitsergebnisse der zuständigen NATO-Gremien in den vor uns liegenden drei Monaten werden wir deshalb mit Interesse zu verfolgen haben.

Welches Ziel soll mit den Entspannungskonferenzen MBFR, KSZE und auch SALT erreicht werden? Das seit 1945 entwickelte Sicher-

heitssystem - Gleichgewicht der Abschreckung - hat Europa ohne Krieg über die gefährlichsten Spannungszustände hinweggeholfen. 1973, fast 30 Jahre später, muß ein neues Sicherheitssystem entwickelt werden. Die Aufgeschlossenheit in West und Ost wächst für Vorstellungen und Bemühungen, die lediglich kriegsverhindernden Sicherheitssysteme durch friedenssichernde zu ersetzen. Die kriegsverhindernden Sicherheitssysteme haben den Staaten unerträglich hohe Rüstungskosten auferlegt. Sie haben uns einen Kalten Krieg beschert, der eine ganze Generation von Europäern im Freund-Feind-Denken erzogen hat. Die Konsequenzen stehen uns heute bei den ersten tastenden Entspannungsversuchen überall im Wege. Im übrigen kann niemand voraussagen, ob kriegsverhindernde Sicherheitssysteme auch tatsächlich jederzeit Umstände sind, Kriege zu verhindern. Aber auch eine auf diese Weise erreichte Abwesenheit von Krieg hat mit einem Zustand des Friedens nichts zu tun.

Wir brauchen also friedenssichernde Sicherheitssysteme. Die politische Situation zwischen West und Ost erscheint dafür günstig. Die Entspannungskonferenzen müssen uns auf diesem Wege voranbringen. Sie müssen das Ziel ansteuern, den Staaten systematisch die Fähigkeiten zu nehmen, Streitkräfte zur Verwirklichung außenpolitischer Ziele zu benutzen. Gehe ich von dieser Zielsetzung aus, so ist das derzeitige Bemühen der USA und der Sowjetunion, zunächst am MBFR-Tisch lediglich gewisse quantitative Verringerungen ihrer Truppen zu erreichen, von geringem Wert. Reduzierungen müssen immer zugleich Stationierungstreitkräfte aus dem Spannungsgebiet herauslösen und einheimische Truppen abbauen - entlassen. Nur auf diese Weise trägt Europa zu größerer Entspannung bei. Nur auf diese Weise werden die enormen Militärpotentiale, die sich in Mitteleuropa gegenüberstehen, so reduziert, daß sie ihre Sprengwirkung allmählich verlieren. (-/ 2.8.1973/ks/ex)

+            +            +

### Ostberlin nach Walter Ulbricht

---

#### Zum Tode des DDR-Staatsrats-Vorsitzenden

Am Dienstag wird man in Ostberlin mit allem staatlichen, militärischen und Partei-Prunk von ihm Abschied nehmen. Seine Leiche wird öffentlich aufgebahrt werden; dann wird der Sarg ins Krematorium gefahren. Der Flickschneidersohn aus Leipzig, und gelernter Tischler, das KPD-Mitglied seit 1919 und SED-Mitglied seit 1946, der treue Gefolgsmann Moskaus und der stärkste Mann seiner Deutschen Demokratischen Republik, bis ihm noch bei Lebzeiten die Macht aus der Hand genommen worden war: Walter Ulbricht ist zur Erinnerung geworden.

Die Nachrufe, die das Leben und Wirken dieses Mannes beschreiben, sind voll inneren Zwiespalts. Man kann nicht umhin, die fleißige Unermüdlichkeit und trotz aller flexiblen Moskau-Anpassung doch sture Zielstrebigkeit Walter Ulbrichts festzustellen, der die internationale Anerkennung der DDR noch erleben durfte: dieses zweiten deutschen Staates, der schließlich sein Werk ist. Man kann und darf aber auch nicht übersehen, daß er diese Entwicklung mit Gewalt erzwungen hat, und daß dieser Weg mit menschlichem Leid gepflastert ist. Gewiß war er, um ihn mit Herbert Wehner zu charakterisieren, vor allem ein "Techniker der verliehenen Macht", aber er hat die Chance bis zum letzten Winkel genutzt und die darin begründete Macht hart und gnadenlos ausgeübt.

Schon am 30. Juni, als man ihn zur Feier seines 80. Geburtstages noch einmal ins Rampenlicht holte, war Walter Ulbricht nur noch ein Schatten seiner selbst gewesen. Die Neuverteilung der Macht war im Hinblick auf den Tag seines Todes, bereits erfolgt. Andere Namen verdecken den seinen, den man schon zu löschen begonnen hatte. Die Frage, wie sich die jetzt an die Ostberliner Schalthebel gehalten Männer weiter verhalten werden, bekommt Vorrang, noch bevor die auf Halbmast gesenkten Fahnen wieder frei flattern. Das Leben und die Politik gehen weiter. Walter Ulbricht selbst hat das nie anders gehalten.

(ee/2.8.1973/ks/ee)

### Roth gab ein gutes Beispiel

---

Zur Rede des Juso-Vorsitzenden in Ostberlin

Sehr viel Beifall und nur wenige Unmutsäußerungen erhielt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Wolfgang Roth, Mitglied des SPD-Vorstandes für seine vor vielen zehntausenden Jugendlichen gehaltenen Rede während der Ostberliner Weltfestspiele. Auch prominente DDR-Größen gehörten zu den Angesprochenen, so Ministerpräsident Willi Stoph und Staatssekretär Dr. Helmut Kohl. Dieses ungewöhnliche Ereignis verdient ausdrücklich festgehalten zu werden, war es doch das erste Mal seit der Spaltung Deutschlands, daß ein Mitglied des SPD-Vorstandes seine politischen Auffassungen und Überzeugungen im Bereich der DDR öffentlich bekanntgeben konnte. Die in Ostberlin angesprochene Jugend aus aller Welt hat sicher eines gemeinsam: Die Sehnsucht nach einem dauernden Frieden, den brennenden Wunsch nach einem Ende des sinnlosen Wettrüstens und das Verlangen nach schöpferischer Zusammenarbeit der Völker und Staaten. Sie will ihr Leben nicht auf Schlachtfeldern beenden, wie es früheren jungen Generationen zweimal in diesem Jahrhundert widerfahren ist.

Der Friede kommt freilich nicht von selbst, er ist kein Gottesgeschenk, er ist Menschenwerk, und dafür muß gekämpft und gestritten werden. Roth hat diesen Empfindungen überzeugenden Ausdruck gegeben. Gewiß sprach er die Gefühle vieler Jugendlicher an, als er sagte, daß zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch der Abbau von Behinderungen des Austausches von Ideen und Informationen gehöre, und daß gerade die Jugend dazu aufgerufen sei, hier selbst konkrete Vorschläge zu machen. Zu ihrer Verwirklichung bedarf es eines langen Weges und eines langen Atems.

Die Jungsozialisten und andere Jugendorganisationen der Bundesrepublik haben gut daran getan, an den X. Weltfestspielen in Ostberlin teilzunehmen. In allem Freimut und Offenheit sprachen sie aus, was sie bewegt. Das wird bei vielen Jugendlichen, die mit ihnen diskutierten, von langanhaltender Wirkung sein. Es ist trotz vieler unterschiedlicher Auffassungen besser, gemeinsam um einen dauernden Frieden zu ringen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, die ihn ermöglichen, statt wie in den Zeiten des Kalten Krieges zum gegenseitigen Haß aufzupelzen. Wolfgang Roth hat ein gutes Beispiel gegeben. Möge es viele Nachahmer finden.

(ae/2.8.1973/wt/ex)

+ + +

## Nebeneinkünfte der Länderminister beschränken

Eine gesetzliche Regelung wird jetzt notwendig

Von Albert Osswald

Ministerpräsident des Landes Hessen

Fast in jedem Sommer, während der "politisch armen Zeit" wird das Thema Nebeneinkünfte der Länderminister diskutiert. Dabei werden die unterschiedlichsten Auffassungen vertreten und die verschiedenartigsten Vorschläge entwickelt. Ein Grund für die alljährlich wiederkehrende Debatte ist auch die unterschiedliche Praxis in den einzelnen Bundesländern. Das Problem, das für die Mitglieder der Bundesregierung geklärt ist, stellt sich allerdings nicht nur bei den Ministern der Landesregierungen, sondern auch bei dem einen oder anderen Parlamentarischen Staatssekretär. Deshalb wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch der Bundestag in den nächsten Monaten mit diesem Fragenkomplex befassen.

Um ein für allemal Klarheit zu schaffen, scheint es mir erforderlich, daß die Bundesländer nach Abstimmung mit der Bundesregierung einen Rahmen festlegen, nach dem dann die einzelnen Landesregierungen und der Bund die Höhe der Aufsichtsratsbezüge bzw. Nebeneinnahmen festsetzen. Dabei könnte man sich durchaus an die Nebentätigkeitsverordnungen für die Beamte im Öffentlichen Dienst anlehnen. Da auch im kommunalen Bereich unterschiedlich verfahren wird, sollten auch hier einheitliche Maßstäbe gefunden werden.

Warum einheitliche Maßstäbe? Die Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind meines Erachtens ähnlich zu bewerten, wie die Besoldung im Öffentlichen Dienst, für die feste Normen vorhanden sind. Warum sollte dies für Nebeneinkünfte nicht möglich sein? Die hessische Landesregierung hat durch freiwillige Selbstbindung festgelegt, daß Nebeneinnahmen aus Aufsichts- und Verwaltungsräten und andere Einkünfte jährlich 10.000 DM nicht übersteigen dürfen. Diese Regelung erfolgte in Anlehnung an die hessische Nebentätigkeitsverordnung.

Das Problem sollte jedoch nicht nur für den Bereich des Öffentlichen Dienstes gelöst werden. In zahlreichen Initiativen der verschiedenen Parteien wird zur Zeit die Frage diskutiert, ob grundsätzlich die Vergütung in Aufsichtsräten limitiert werden sollte. Dabei wird von einem Betrag von 8.000 DM jährlich je Mandat gesprochen. Ich meine, daß die Frage nach der Höhe und dem Verbleib von Aufsichtsratsdiäten in einer engen Verbindung zum Thema Mitbestimmung steht: Zum Beispiel wird durch die anstehende Aufwertung der Mitbestimmung die Zahl der abgabepflichtigen Arbeitnehmer in Aufsichtsgremien erheblich ansteigen.

Es wäre deshalb sinnvoll, wenn die Probleme - die Nebentätigkeit und die Höhe der Einnahmen für Minister, Staatssekretäre und Beamte und die Festsetzung von Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsentschädigungen im Bereich der Wirtschaft - endlich gelöst würden. Wenn eine freiwillige Beschränkung durch einen Beschluß der Gesellschafterversammlung nicht zustande kommt, dann ist meiner Meinung nach eine gesetzliche Regelung notwendig. (-/2.8.1973/ks/ex)